

Die Zukunft der Universität

Arnd Morkel

I

Fragt man, wovon die Zukunft der Universität abhängt, erhält man unterschiedliche Antworten. Die einen fordern eine solidere Vorbereitung der Studienanfänger, die andern verlangen mehr Geld, die dritten wünschen straffere Lehrprogramme, die vierten treten für eine leistungsgerechte Verteilung der Ressourcen ein, die fünften pochen auf eine Belebung des Wettbewerbs. Für alle diese Forderungen gibt es gute Gründe. Sicher kann eine Universität nur so gut sein wie ihre Studenten, und eine Universität, die für viele Studierende Schule spielen muss, wird schwerlich imstande sein, Höchstleistungen zu erbringen. Auch die Forderung nach einer besseren Finanzausstattung ist nicht abwegig. Mit der in vielen Fächern heute unvermeidlichen Massenausbildung können wir uns nicht abfinden. Die Universität braucht dringend Geld für Tutoren, für den wissenschaftlichen Nachwuchs und für Professuren. Kein Zweifel auch, dass manche Lehrprogramme, besonders in den Geisteswissenschaften, noch immer einem Flickenteppich gleichen. Die Studenten müssen „von einem akademischen Detailhändler zum anderen eilen“ (Werner Hofmann) und auf eigene Faust versuchen, die zerstreuten Wissensgüter zusammenzufügen. Verständlich ist auch das Bemühen, Professoren, Fächer, Universitäten nicht länger nach überkommenen Besitzständen oder schematischen Regelungen, sondern nach ihren jeweiligen Leistungen zu honorieren. Und gewiss tut Wettbewerb not: zwischen den Fächern, den Hochschulen, den Ländern. Unter einer Glasglocke kann niemand wachsen, und solange die Kultusministerkonferenz den Bildungsföderalismus nicht als Chance zum Wettbewerb versteht, ist mit einem Aufschwung der Bildungseinrichtungen nicht zu rechnen.

Dennoch, so einleuchtend diese Forderungen sind, sie lassen viele Fragen offen. Zum Exempel: Wodurch soll die Studierfähigkeit angehoben werden? Seit Jahrzehnten plädiert die Hochschulrektorenkonferenz für mehr Allgemeinbildung, vermeidet aber sorgfältig zu definieren, was darunter inhaltlich zu verstehen ist und warum eine Universität gebildete Studenten – und gebildete Dozenten – braucht. Oder: An welchen Kriterien soll die Qualität eines Hochschullehrers, eines Faches oder einer Universität gemessen werden – an der Anzahl der Promovenden, der Verweildauer der Studenten, der Höhe der Drittmittel? Universitäre Leistungen sind nun einmal nicht so leicht mit Händen zu greifen wie die eines Industriebetriebes. Eine Flaschenfabrik weiß jederzeit, wieviel Flaschen sie produziert, eine Universität tut sich da schwerer. Mit den anderen Forderungen steht es nicht besser. Ein Studiengang kann personell und finanziell gut ausgestattet und trotzdem drittrangig sein. Straffe Lehrprogramme können auf eine effiziente Ausbildung wie auf ein Discountstudium hindeuten. Im Wettbewerb der Hochschulen kann das Gehaltvolle auf der Strecke bleiben, hingegen die Billigware überleben.

Mit anderen Worten: Wer Reformen will (und es gibt ohne Frage vieles zu reformieren), darf keinen Zweifel daran lassen, worin das Ziel der Reformen besteht und woran ihre Resultate zu messen sind. Das aber bedeutet, dass wir uns zu allererst darüber verständigen müssen, was wir unter einer Universität verstehen.

II

Für die Politik scheint die Antwort klar. Sie erwartet von einer Universität vor allem zweierlei: Eine Lehre, die den Studenten die erforderlichen Fertigkeiten für ihr späteres Berufsleben vermittelt, und eine Forschung, die zur Lösung der akuten wirtschaftlichen, sozialen und politischen Probleme beiträgt. Mit dieser Auffassung stehen die Politiker nicht allein: Arbeitgeber, Gewerkschaften, Berufsverbände, weite Teile der Öffentlichkeit und viele Wissenschaftler teilen sie. Und das nicht von ungefähr. Schon im Mittelalter gehörte es zu den Hauptaufgaben der Universität, Ärzte, Juristen und Theologen auszubilden; heute sind Hunderte, wenn nicht Tausende von Berufen auf wissenschaftliche Schulung angewiesen. Ein ständig wachsendes Heer von wissenschaftlich-technischen Fachleuten ist nötig, um mit den immer komplizierter werdenden Problemen unserer Welt fertig zu werden, unsere innere und äußere Sicherheit zu wahren, unsere zivilisatorischen Standards zu erhalten, unseren Wohlstand zu sichern. Ob wir wollen oder nicht: Unser Überleben wie unser Leben hängen zunehmend vom Niveau der wissenschaftlichen Ausbildung und Forschung ab.

Angesichts dieser Situation ist es nicht verwunderlich, dass in der Hochschulpolitik der Gesichtspunkt der Nützlichkeit eine immer größere Rolle spielt. Die Universitäten werden aufgefordert, mit der Wirtschaft zu kooperieren und sich als Motor der wirtschaftlichen Entwicklung zu sehen. Bei der Aufstellung von Hochschulentwicklungsplänen und bei der Akkreditierung von Bachelor- und Masterprogrammen sollen Vertreter aus Wirtschaft und Gesellschaft ein gewichtiges Wort mitreden. Von Studien- und Prüfungsordnungen wird erwartet, dass sie auf historischen und philosophischen „Schnickschnack“ (Michael Stolleis) verzichten und sich auf die Bedürfnisse der Berufspraxis konzentrieren. Lehrstühle, die ihre praktische Relevanz nicht nachweisen können, geraten in Gefahr, gestrichen oder zugunsten anwendungsbezogener Disziplinen umgewidmet zu werden.

Die Vorstellung von Universität, die hinter diesen Forderungen steckt, ist nicht neu. Anfang der achtziger Jahre des 18. Jahrhunderts erklärte Kaiser Joseph II.: „Den jungen Leuten muß nichts gelehrt werden, was sie nachher ... nicht zum Besten des Staates gebrauchen können“. Im Preußischen Allgemeinen Landrecht von 1794 heißt es lapidar: „Schulen und Universitäten ... (haben) den Unterricht in nützlichen Kenntnissen und Wissenschaften zur Absicht“.

Diese Ansicht ist jedoch nicht die einzige. Sie entspricht auch nicht der ursprünglichen Idee der Universität. In seiner Untersuchung „Vom Ursprung der Universität im Mittelalter“ kommt der Mediävist Herbert Grundmann zu dem Schluss: Die Universität ist weder dem Bedürfnis neu aufstrebender Schichten noch dem Interesse der in Staat und Kirche herrschenden Mächte entsprungen, so sehr diese sich späterhin der Universität auch zu bemächtigen versuchten. Sie verdankt ihre Entstehung in erster Linie auch nicht der Notwendigkeit

der Berufsausbildung. „Primär und konstitutiv, wahrhaft grundlegend und richtungsweisend für Ursprung und Wesen der Universitäten“ war vielmehr „das gelehrte, wissenschaftliche Interesse, das Wissen- und Erkennenwollen.“ Diesem Wissen- und Erkennenwollen ging es „zunächst nicht um Verwertung des Erkannten für praktischen Nutzen und Gewinn, sondern um Verständnis und Einsicht“. Es handelte sich um ein „Wissen- und Erkennenwollen um der Wahrheit willen, auch auf die Gefahr hin, dass sie (die Wahrheit) unbeliebt ist und zu Konflikten führt“.

So sehr sich die Universitäten seither auch verändert haben: Die Auffassung, dass sie zunächst und zuvörderst nicht praktischen Zwecken, sondern der zweckfreien Suche nach Erkenntnis, will sagen der Suche nach Wahrheit zu dienen haben, ist niemals ausgestorben und steht bis heute im Zentrum der klassischen Idee der Universität. Im „Streit der Fakultäten“ schreibt Kant, dass „auf Wahrheit (der wesentlichen und ersten Bedingung der Gelehrsamkeit überhaupt) alles ankommt; die „Nützlichkeit“ ist „nur ein Moment vom zweiten Range“. Auch die preußischen Bildungsreformer, Humboldt, Schleiermacher, Fichte, wandten sich entschieden gegen den Vorrang der Nützlichkeit, wie er im Preußischen Allgemeinen Landrecht niedergelegt und in den napoleonischen Fachschulen verwirklicht war. Für sie war Wissenschaft in erster Linie „Selbstzweck, ihr praktischer Nutzen sekundär“ (Thomas Nipperdey). Nicht anders sah John Henry Newman in seiner Schrift über „The Idea of a University“ die Hauptaufgabe der Universität im Streben nach Erkenntnis um der Erkenntnis willen. Bei Karl Jaspers kann man lesen: „Die Universität hat die Aufgabe, die Wahrheit in der Gemeinschaft von Forschern und Studenten zu suchen“. Für Josef Pieper ist die Universität „eine Zone der Wahrheit, ein Hegungsraum der unabhängigen Befassung mit Wirklichkeit, in welchem ungehindert gefragt, erörtert und ausgesprochen wird, wie die Wahrheit der Dinge sich verhält“. Jacques Derrida erklärt: „Die Universität macht die Wahrheit zum Beruf“.

III

Passt eine solche Idee der Universität noch in unsere Zeit? Können wir uns den Luxus einer Erkenntnis um der Erkenntnis willen noch leisten angesichts der gewaltigen Herausforderungen, vor denen wir stehen? Müssen wir unsere wissenschaftlichen Kräfte nicht ganz und gar auf die Lösung eben dieser Herausforderungen konzentrieren? Dazu ist zweierlei zu sagen.

Einmal wäre es ein Irrtum anzunehmen, dass eine Universität, die auf Erkenntnis und nicht auf merkantile Verwertbarkeit aus ist, sich auf praktische Bedürfnisse nicht einlassen dürfte. Sie darf es selbstverständlich, und sie muss es auch. Es wäre ja absurd zu meinen, dass in der Universität versammelte Wissen und Können dürfe der Praxis nicht zugute kommen. Theorie und Praxis schließen einander nicht aus. Häufig führen gerade praktische Probleme, zu Ende gedacht, zu vertieften theoretischen Einsichten, wie umgekehrt theoretische Erkenntnisse oft die folgenreichsten praktischen Erfindungen nach sich ziehen. Streben nach zweckfreier Erkenntnis heißt nicht, dass wir uns die praktischen Nöte aus dem Kopf schlagen und die anwendungsbezogenen Wissenschaften aus der Universität verbannen müssten. Streben nach

zweckfreier Erkenntnis bedeutet „nur“, dass der Anwendungsbezug nicht das einzige und auch nicht das leitende Prinzip der Universität ist, dass eine Universität sich nicht von politischen, ökonomischen oder technischen Interessen vereinnahmen und ihre Themen und ihre Ergebnisse nicht von außen aufzwingen lassen darf.

Sodann kann keine Rede davon sein, dass eine Universität, die ihre primäre Aufgabe in der zweckfreien Erkenntnis sieht, ein müßiger Luxus wäre. Auch nichtanwendungsbezogene Disziplinen haben ihren Nutzen: Geographen betreiben Fremdenverkehrsgeographie, Islamisten können auf ihre Bedeutung im Dialog der Kulturen verweisen, Philosophen und Theologen auf ihre Kompetenz in Sachen Bioethik. Im Grunde bedarf es solcher Nachweise jedoch gar nicht. Eine Wissenschaft ist nicht erst dann nützlich, wenn sie sich in berufsbezogene Studiengänge und nützliche Forschung ummünzen lässt. Auch wenn das Streben nach reiner Erkenntnis zweckfrei ist, ist es dennoch nicht zwecklos; es ist nützlich, auch wenn dieser Nutzen mehr indirekter als direkter Art ist und sich nicht nach Heller und Pfennig bemessen lässt. Mehr noch: Zur Überzeugung der klassischen Universität gehört es, dass gerade eine von unmittelbaren Nützlichkeitsvorstellungen befreite Wissenschaft der Gesellschaft am meisten zu dienen vermag. Dafür werden hauptsächlich vier Gründe vorgebracht.

Erstens: Ein wissenschaftliches Training kommt der beruflichen Tätigkeit zugute. Wer eine solide theoretische Ausbildung genossen hat, ist damit nicht schon automatisch ein guter Arzt, Lehrer oder Ingenieur; er besitzt aber das dafür notwendige Fundament. Dieses Fundament ist heute um so wichtiger, weil niemand weiß, welche Anforderungen die Praxis morgen stellen wird. Wer gelernt hat, selbständig wissenschaftlich zu arbeiten, tut sich leichter, sich in ungewohnte Aufgaben einzuarbeiten und auf neue Fragen neue Antworten zu finden, als jemand, dessen Ausbildung sich nur auf die Bedürfnisse und Erfahrungen der akuten Praxis bezog.

Zweitens: Ein Studium, das nicht auf technische Abrichtung zielt und nicht nur berufliche Qualifikationen vermittelt, das vielmehr auch den historischen, philosophischen und moralischen Horizont bedenkt, innerhalb dessen sich die wissenschaftliche Praxis entfaltet, und zum Selbstdenken anregt, bildet ein Gegengewicht gegen Funktionalismus und Spezialisierung und trägt zur geistigen Selbständigkeit der Studierenden bei. Es erweitert den Gesichtskreis, bewirkt Distanz zum Hier und Heute, und Distanz befreit. Nicht zufällig steht über dem Portal der Freiburger Universität der Satz aus Johannes 8,32: „Die Wahrheit wird euch frei machen“. Der Satz gilt auch dann, wenn nicht die christliche Wahrheit und nicht der Besitz der Wahrheit, sondern das Streben nach Wahrheit gemeint ist. Ohne den Willen, den Dingen selbst auf den Grund zu gehen, ist geistige Unabhängigkeit nicht zu haben.

Drittens: Die zweckfreie Suche nach Erkenntnis kommt der anwendungsorientierten Forschung zustatten. Schon die Überlegenheit der griechischen Medizin über die ägyptische Heilkunst beruhte auf dieser Suche. Während die ägyptische Heilkunst ihr Wissen vornehmlich der praktischen Erfahrung verdankte, erforschte die griechische Medizin zu allererst die Natur des Menschen, fragte nach den Ursachen, Zusammenhängen und Gesetzmäßigkeiten der Krankheiten und leitete daraus ihre therapeutischen Vorschläge ab. Damit schlugen die griechischen Ärzte ihre ägyptischen Kollegen aus dem Feld. Ihre Methode war erfolgreicher, weil sie auf einer theoretischen Einsicht in die Natur des Gegenstandes fußte. Die Erfahrung lehrt immer aufs Neue, dass ohne theoretische Grundlagenforschung die Entwicklungs-

forschung zu verdorren droht. Den Schaden hat nicht zuletzt die Wirtschaft. Otfried Höffe hat das unlängst auf die Formel gebracht: „Wer sich eng an Nutzen bindet, läuft ... Gefahr, den Nutzen auf Dauer zu verspielen“.

Viertens: Von Nutzen ist die Suche nach Erkenntnis auch für die *res publica*. Im öffentlichen Leben bekämpfen sich unterschiedliche Interessen, Werte und Ziele. Die Universität kann diesen Streit nicht aufheben, aber darauf hinwirken, dass er verlässliche Erkenntnisse berücksichtigt. Sie kann helfen, die falschen Vorstellungen, Selbsttäuschungen und Frageverbote aufzuheben, die uns den Blick auf die Wirklichkeit verstellen. Sie kann darlegen, was wir wissen und was wir nicht wissen, und auf diese Weise vielleicht dazu beitragen, den „*terribles simplificateurs*“ das gute Gewissen zu nehmen. Die Forderung, auch unbequeme Tatsachen zur Kenntnis zu nehmen, mag im öffentlichen Leben nicht gern gehört werden, aber sie ist das Einzige, was die Universität den Fahnschwingern entgegensetzen kann, vorausgesetzt, sie läuft nicht selbst hinter einer Fahne her, sondern begreift es als ihre Aufgabe, *alle* Ansichten einer Prüfung zu unterziehen. Für die Gesellschaft ist es nicht gleichgültig, ob es eine solche Instanz gibt oder nicht. Alles spricht dafür, dass wir uns, um leben und überleben zu können, mehr denn je um Erkenntnis bemühen müssen.

In diesen vier Punkten liegt sozusagen der „*Mehrwert*“ der alten Universität gegenüber einer Hochschule, die in Forschung und Lehre nur das unmittelbar Nützliche im Auge hat. Eine zur Höheren Berufsschule oder zum wirtschaftlichen Standortfaktor geschrumpfte Universität kann diesen Mehrwert nicht erbringen. Damit muss sich auseinandersetzen, wer die Universität auf vordergründige Nützlichkeit trimmen will.

IV

Bleibt die Frage: Welche Merkmale muss ein Studium aufweisen, das in erster Linie auf Erkenntnis, nicht auf Nutzen aus ist?

Über eines besteht sicher Einigkeit: Das Studium darf nicht nur Wissen vermitteln. Natürlich lehrt auch die Universität Wissen. Zu ihren Aufgaben gehört es ja, an die Stelle von Vermutungen, Halbwahrheiten und Irrtümern nachprüfbares Wissen zu setzen. Das ist keine geringe Leistung. Wer nichts weiß, muss alles glauben. Aber in der Wissensvermittlung erschöpft sich nicht die Aufgabe der Universität. Der Student soll während seines Studiums lernen, selbst nach neuen Erkenntnissen zu streben. Wer am Ende seines Studiums nicht die ersten Schritte zum selbständigen wissenschaftlichen Arbeiten gemacht, mit anderen Worten: das Lernen gelernt hat, hat den Zweck der universitären Ausbildung verfehlt.

Doch damit kann es, besonders heute, nicht sein Bewenden haben. In einer Welt wie der unsrigen, die in einem noch nie gekannten Ausmaß von Wissenschaft abhängig ist, kann eine Universität sich nicht damit begnügen, nur zum wissenschaftlichen Arbeiten zu erziehen, sie muss auch versuchen, zu einer umsichtigen, verantwortlichen Handhabung der Wissenschaft anzuleiten. Für das Studium bedeutet das vor allem Dreierlei:

Erstens muss es die Grenzen der Wissenschaft deutlich machen. Was den Wissenschaftler auszeichnet, ist nicht nur das Streben nach Erkenntnis, sondern auch die Fähigkeit, das Erkannte in Zweifel zu ziehen, die Bereitschaft, sich der Kritik zu stellen, die Kraft, offene

Fragen offen zu lassen. Der Unterschied zwischen dem Wissenschaftler und dem Laien besteht weniger darin, dass jener mehr weiß als dieser, als vielmehr darin, dass sich der Wissenschaftler darüber im Klaren ist, wie vorläufig und begrenzt unser Wissen ist, wie häufig die Wahrheiten von heute die Irrtümer von morgen sind. Der Wissenschaftler weiß, was Wissenschaft kann und was sie nicht kann. Laien stellen gewöhnlich zu hohe Erwartungen an die Wissenschaft. Werden diese enttäuscht, schlägt ihre Wissenschaftsgläubigkeit schnell in Wissenschaftsfeindlichkeit um. Von einem Wissenschaftler ist zu verlangen, dass er keinen Zweifel daran lässt, dass Wissenschaft nicht alle Probleme lösen kann.

Zweitens muss das Studium dazu beitragen, das Bewusstsein der Studenten für die Erwartungen zu schärfen, die an die Wissenschaft gestellt werden, für die Interessen, in die sie verstrickt ist, für die Folgen, die sie nach sich zieht. Der Student muss lernen, dass sich Wissenschaft selten als immanente Problemgeschichte vollzieht, dass wissenschaftliche Themen und Fragestellungen oft von den zur Verfügung stehenden technischen Möglichkeiten sowie von politischen oder wirtschaftlichen Bedürfnissen bestimmt sind. Er muss begreifen, dass wissenschaftliche Erkenntnisse vielfach missbraucht werden und dass sie häufig Nebenwirkungen haben, die über das Beabsichtigte weit hinausgehen. Wir können es uns heute weniger denn je leisten, Wissenschaft blind zu betreiben.

Drittens muss der Student im Studium lernen, nach dem Zweck seiner künftigen Tätigkeit zu fragen. Natürlich kann man sich damit begnügen, künftigen Richtern, Ärzten, Lehrern, Ingenieuren das technische Handwerkszeug beizubringen. Viele verlangen von einer Universität wahrscheinlich gar nichts anderes, und womöglich kommt mancher Studiengang, auf kleine Münze gebracht, dem schon nahe. Aber damit ist der Gesellschaft nicht gedient. Was wir brauchen sind Menschen, die sich nicht für beliebige Zwecke einsetzen lassen, die nicht nur funktionieren, sondern gewohnt sind, sich auch über das Wozu ihres Tuns Gedanken zu machen.

V

Ich hoffe, es ist hinlänglich deutlich geworden, worum es in der Auseinandersetzung um die Idee der Universität heute geht. Es geht nicht darum, den Nutzen der Wissenschaft zu leugnen und ihre Anwendung in der Praxis zu unterbinden. Es geht vielmehr darum, die Selbständigkeit der Wissenschaft zu wahren und ihre Preisgabe an die Interessen der Wirtschaft, der Politik, der Berufspraxis zu vereiteln. Mit einem Wort: Es geht darum, die Instrumentalisierung der Wissenschaft zu verhindern.

(In Klammern sei vermerkt, dass nur eine nichtinstrumentalisierte Wissenschaft sich auf die Wissenschaftsfreiheit berufen kann. Forschung und Lehre sind frei, weil anders sie ihrer Aufgabe nicht gerecht werden können. Wäre die Universität nichts als eine Berufsschule, ein ökonomischer Standortfaktor oder eine Kaderschmiede, könnte sie dieser Freiheit entraten. Weil sie dies aber nicht ist, weil sie vielmehr den Dingen auf den Grund gehen und erkunden soll, wie sie wirklich sind, darf sie sich die Themen, die sie aufgreift, und die Ergebnisse, zu denen sie kommt, durch keinerlei berufspraktische, wirtschaftliche oder politische Zwecke einengen oder gar vorschreiben lassen.)

Im 13. Jahrhundert hat der Kölner Kanoniker Alexander von Roes ein Bild von der Stellung der Universität entworfen, wie es großartiger und tiefsinniger seither nicht mehr gedacht wurde und das wie kein anderes geeignet ist zu veranschaulichen, worum es bei einer Universität geht. Der Autor stellte den herkömmlichen zwei Gewalten, dem Staat und der Kirche, die Universität „als eine Potenz gleichen Ranges, gleicher Bedeutung und Unentbehrlichkeit für alle“ (Grundmann) zur Seite, sprach von den drei Gewalten: dem *regnum*, dem *sacerdotium* und dem *studium* und begründete diese Dreiheit mit den drei menschlichen Grundtrieben: dem Herrschenwollen, dem Glaubenwollen und dem Wissenwollen. Gewiss, das war ein Idealbild, das, wenn überhaupt, höchstens annähernd verwirklicht wurde. Aber jede Institution braucht ein ideelles Bild, an dem sie sich orientieren kann. Und vielleicht kann das eben genannte Bild auch uns helfen, die Aufgabe der Universität besser zu begreifen.

Wenn ich es recht verstehe, dann handelt es sich bei den drei ebenbürtigen, aufeinander angewiesenen, aber einander nicht untergeordneten Gewalten *regnum*, *sacerdotium* und *studium* weder um eine pure Aufzählung, noch um ein bloßes Nebeneinander anthropologischer Sachverhalte – des politischen, des metaphysischen und des Wissensbedürfnisses – noch um eine hierarchische Konstellation, sondern um ein gewaltenteilendes und gewaltenhemmendes Modell von *checks and balances*. Eine humane Gesellschaft bedarf offensichtlich eines Gleichgewichts zwischen diesen drei Gewalten, eines Gleichgewichts, das den einzelnen Mächten ihre jeweilige Berechtigung wie ihre jeweilige Begrenzung zuweist. Von dieser gewaltenteilenden und gewaltenhemmenden Dreiheit ist heute wenig zu spüren. An die Stelle der drei Potenzen haben wir es, so scheint es, mehr und mehr mit einer einzigen Macht zu tun – der Wirtschaft, die alle anderen Mächte in sich aufzusaugen trachtet. Während die Religion zur Bolivienhilfe abmagert und die Politik sich den tatsächlichen oder vermeintlichen Zwängen der Ökonomie unterordnet, droht die Universität zum Bestandteil der industriellen Produktion, Hochschulpolitik zur Wirtschaftspolitik zu werden. Ist das gegenüber dem mittelalterlichen Paradigma ein Fortschritt oder ein Rückschritt? Ein erstrebenswerter Zustand oder ein Albtraum? Darüber sollten wir nachdenken.

VI

Die Verständigung über die Idee der Universität ist das eine, ihre Realisierung das andere. Die damit verbundenen Probleme lassen sich freilich mit Bachelor- und Masterstudiengängen, Personalbemessungskonzepten, Dienstrechtsreformen etc., über die wir uns heute streiten, nicht lösen. Zu bedenken wäre aus meiner Sicht:

Erstens die fehlende Einheit des Bildungssystems. Zum Vorbild wurden die deutschen Universitäten im 19. Jahrhundert nicht zuletzt dadurch, dass sie auf der Schule aufbauen konnten. Eine der größten Leistungen Humboldts bestand darin, dass er „einen allgemeinen Plan“ entwarf, „der von der kleinsten Schule bis zur Universität alles umfasste, und in dem alles ineinandergriff“. Die heutige Bildungspolitik hat dieses Ineinandergreifen außer Acht gelassen. Lässt sich das reparieren? Kann man darauf verzichten? Wären Hochschuleingangsprüfungen ein Ausweg?

Zu erörtern wäre zweitens die Unterscheidung von Universität und Schule. Auch sie gehörte zu den Grundsätzen der Preußischen Universitätsreform, wobei mit „Schule“ nicht nur das Gymnasium, sondern auch die berufliche Spezialschule – wir würden heute sagen: die Fachhochschule – gemeint war. Der Staat, schreibt Humboldt, muss darauf achten, „die Trennung der höheren Anstalt von der Schule ... rein und fest zu erhalten“ und darf nicht zulassen, dass die Lehre an der Universität „zum Unterricht“ wird und sich in der „Verbreitung der Wissenschaft“ erschöpft. Dieser Grundsatz ist heute in Vergessenheit geraten. Namentlich die Grenzen zwischen Universität und Fachhochschule sind fließend geworden. Am Horizont droht eine Einheitshochschule, die weder die Vorzüge der alten, wissenschaftlich geprägten Universität noch die Vorteile einer praxisorientierten Fachhochschule aufweist. Ist diese Entwicklung noch aufzuhalten? Eines scheint mir sicher: Eine Einheitshochschule – *etwas* Universität, *etwas* Fachhochschule – wäre das Ende einer anspruchsvollen Universität wie einer anspruchsvollen Fachhochschule.

Nachdenken sollten wir drittens über die Trennung von theoretischem Studium und beruflichem Praktikum, die in der Vergangenheit die akademische Ausbildung ausgezeichnet hat. Diese Trennung gilt heute als überholt. Die Universität gerät zunehmend unter Druck, ihre Studiengänge von allem theoretischen „Luxus“ zu reinigen und den Bedürfnissen der Praxis anzupassen. Die Frage ist, kommt dabei mehr heraus als ein verdünnter Aufguss: ein *bisschen* Theorie und ein *bisschen* Praxis? Wenn ja, wäre von da zur *schlechten* Theorie und zur *schlechten* Praxis wohl nur ein kleiner Schritt.

Beschäftigen sollten wir uns viertens mit dem Problem der „wuchernden“ Universität und deren Ursache: der immer schneller fortschreitenden Spezialisierung. So unausweichlich Spezialisierung in der Forschung ist, ist sie es auch in der Lehre? Der Wildwuchs immer neuer Spezialgebiete bläht nicht nur die Studiengänge auf, er macht auch jeden Versuch, an der Einheit der Universität festzuhalten, illusorisch. Kaum ist ein Spezialist berufen, versucht er, einen neuen Schwerpunkt, wenn nicht einen eigenen Studiengang einzurichten; für das Fach insgesamt ist er gewöhnlich verloren. Eine auf diese Weise wuchernde Universität lässt sich nicht mehr steuern. Sie erweckt den Eindruck einer Institution, die zum Plündern freigegeben ist und aus der jeder herausholt, was er gebrauchen kann.

Klarwerden müssen wir uns fünftens über das Anforderungsprofil des Hochschullehrers. Es genügt nicht zu überlegen, worin die Aufgaben der Universität bestehen und welche Vorbildung Studenten haben sollen, wir müssen auch deutlich machen, was wir von einem Hochschullehrer erwarten. Reicht es aus, wenn er über Spezialkenntnisse verfügt und obendrein einige didaktische Fähigkeiten besitzt? Wie immer die Antwort ausfällt, stets sollten wir an ein Wort von Karl Jaspers denken: „Bei jeder Berufung und bei jeder Habilitation finden fast unmerklich Aufbau oder Zerstörung der ganzen Universität statt“.

Das sechste Problem ist vielleicht das heikelste: Wie erhält oder besser, wie gewinnt die Universität die Kraft zu zukunftssträchtigen Entscheidungen, etwa wenn es um die Verteilung der knappen Mittel, um den Aus- oder Abbau von Fächern, um die Einrichtung von Schwerpunkten geht? Wer soll diese Entscheidungen treffen? Gegenwärtig gibt es die Tendenz, Hochschulpräsidenten und Dekane mit umfassenden Kompetenzen auszustatten. Ich halte davon wenig. Ich glaube nicht, dass eine Universität auf die Dauer gegen den Willen der

Lehrenden und Lernenden regiert werden kann. Andererseits bezweifle ich, ob die herkömmlichen Entscheidungsstrukturen den neuen Herausforderungen noch gewachsen sind. Wir alle kennen die Schwächen dieser Strukturen: den Imperialismus der großen gegenüber den kleinen Disziplinen, die falsch verstandene Kollegialität, das Kartell der Mittelmäßigkeit. Gibt es einen Weg, der diese Gefahren eindämmt, ohne auf den Glücksfall einer aufgeklärten Diktatur zu setzen?

Für all diese und andere Probleme sollten wir selbst die Lösungen finden, damit nicht andere nach außerwissenschaftlichen Gesichtspunkten und über unsere Köpfe hinweg darüber entscheiden. Um unsere Vorstellungen durchzusetzen, brauchen wir freilich die Zustimmung der Politik. Besteht Aussicht, diese zu gewinnen? Aus Erfahrung wissen wir, wie wir sie nicht gewinnen können: durch Reden, Resolutionen, Unterschriftensammlungen. Was aber hilft dann?

Fazit: Wovon hängt die Zukunft der Universität ab? Sie hängt – das jedenfalls ist meine Überzeugung – einmal davon ab, dass wir die Probleme unseres Bildungssystems grundsätzlicher anpacken, als wir es bisher tun, sodann und vor allem, dass wir uns darüber einig werden, wozu eine Universität da ist. Wir müssen uns entscheiden, was wir wollen. Wollen wir unter einer Universität vornehmlich oder ausschließlich eine Höhere Berufsschule und nützliche Forschungsanstalt verstehen oder wollen wir daran festhalten, dass die ursprüngliche und ureigenste Bestimmung der Universität, die zweckfreie Suche nach Erkenntnis, auch heute noch zu ihren zentralen Aufgaben gehört? Ich hoffe, dass uns letzteres gelingen wird. Versuchen müssen wir es jedenfalls, sonst werden uns eines Tages die Studenten vorhalten: Ihr betrügt uns um das Beste, was eine Universität zu leisten vermag und was wir alle am meisten brauchen, nämlich die Chance, ohne Rücksicht auf gängige Meinungen, praktische Bedürfnisse, wirtschaftliche Interessen und politische Forderungen den Dingen auf den Grund zu gehen und danach zu fragen, wie es sich in Wahrheit mit ihnen verhält.